

Gute Nachrichten aus Südafrika – Demokratie Test bestanden

Vor allem der Krieg in der Ukraine und die politischen und kriegerischen Entwicklungen in Nahost beherrschten die Berichterstattung der Medien in 2024. Wenn über Afrika berichtet wurde, standen negative Meldungen im Vordergrund wie Berichte über die Machtübernahmen durch das Militär in Westafrika oder der mörderische Bürgerkrieg im Sudan.

Die Wahlen in Südafrika am 29. Mai standen nur kurz in der Aufmerksamkeit der Medien, die weitere Entwicklung in dem Land leider kaum. Eine genauere Berichterstattung hätte sich gelohnt. Die dortigen Ereignisse stehen im Gegensatz zu dem üblichen Afrikabild und zu den negativen Entwicklungen in vielen anderen Ländern der Welt.

Die Wahlen, die siebten seit Ende der Apartheid, wurden korrekt durchgeführt. Nach der Wahl beantragte die neue Partei des ehemaligen Präsidenten Zuma – *uMkhonto WeSizwe* (MK) - eine Neuzählung der Stimmen. Dies wurde von der unabhängigen Wahlkommission mit guten Gründen abgelehnt. Letztlich akzeptierte die MK-Partei die Entscheidung und die gewählten Abgeordneten nahmen an der ersten Parlamentssitzung teil. Diskussionen über „gestohlene Wahlen“ oder Wahlbetrug wie in den USA, in Georgien oder Moldau gab es nicht. Nach dem Urteil internationaler und nationaler Wahlbeobachter, aber auch nach Einschätzung der südafrikanischen Bevölkerung waren die Wahlen fair und frei.

Vor der Wahl am 29. Mai gab es die Sorge, dass der ANC seine Niederlage nicht anerkennen werde und es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen könnte. Obwohl der ANC erstmals seit dem Ende der Apartheid die absolute Mehrheit im Parlament verlor (40,2% der Stimmen statt 57,5% bei der Wahl in 2019), blieben die befürchteten Unruhen aus. Präsident Ramaphosa, aber auch die Parteigremien des ANC akzeptierten, dass die Partei die Erwartungen ihrer Wähler nicht erfüllt habe. Auch in diesem Punkt: Anders als in anderen Teilen der Welt akzeptierte der Verlierer die Niederlage. Damit hat auch die ehemalige Befreiungsbewegung ihre Sonderrolle verloren. Südafrika ist in einem Mehr-Parteien System angekommen.

Auch die notwendige fristgerechte Feststellung der Wahlergebnisse und die Wahl des Präsidenten konnten innerhalb der von der Verfassung gesetzten Frist von 14 Tagen stattfinden. Ob dieses bei Verlust der absoluten Mehrheit des ANC gelingen könnte, wurde angesichts der Unerfahrenheit südafrikanischer Politiker mit der Bildung von Koalitionen allgemein bezweifelt. Verfassungsjuristen prüften bereits, ob es verfassungskonforme Lösungen zur Ausdehnung der Fristen gäbe. Innerhalb weniger Tage einigten sich der ANC und die DA, die wichtigste bisherige Oppositionspartei, mit einigen kleineren Parteien auf ein Grundsatzpapier, das die Orientierung der Regierung in den nächsten 5 Jahren festlegt. Auf dieser Basis wurde der Präsident gewählt, ein erstaunliches Verfahren, wenn man es mit den langwierigen Verhandlungen über Koalitionsregierungen in Europa vergleicht.

Ramaphosa geht somit gestärkt in das Jahr 2025. Die prekäre wirtschaftliche Situation, in erster Linie aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit, bleibt. Nicht alle politischen Differenzen sind vom Tisch, wie sollten sie auch. Die Wasserkrise in Gauteng dauert an, wichtige Gesetze sind zwischen DA und ANC umstritten. Aber die Stimmung im Land, insbesondere auch in der Privatwirtschaft, hat sich positiv gedreht. Es ist noch zu früh zu beurteilen, ob es in der Wirtschaft wirklich bergauf geht, aber das Vertrauen, dass dies passieren kann, ist deutlich größer geworden. Wir Freunde Südafrikas hoffen es für das Land.

Wir wünschen Ihnen einen entspannten Jahreswechsel und ein gutes Jahr 2025.
Bleiben Sie DeSaFor gewogen!

Mit vorweihnachtlichen Grüßen,

Ihr Peter Conze



In dieser Ausgabe:

- **Gute Nachrichten aus Südafrika** (Peter Conze)
- **GNU Dawn** (John Endres)
- **„GNU in Motion“** (Klaus Brückner)
- **Impressionen aus dem Südafrika Forum NRW** (Vera Dwors)
- **Südafrika – als Mitgestalter einer neuen Weltordnung** (Klaus Brückner, Hans Werner Bussmann)
- **„Einschätzungen und Bewertungen zur Außenpolitik Südafrikas“ – gemeinsame Veranstaltung der Deutschen Afrika Stiftung und DeSaFor**
- **Aktuelles:**
 - **Deutsch-Südafrikanische Regierungsverhandlungen**
 - **Bundespräsident Steinmeier in Südafrika**
- **DeSaFor 2024 – unser Jahr in Bildern**

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

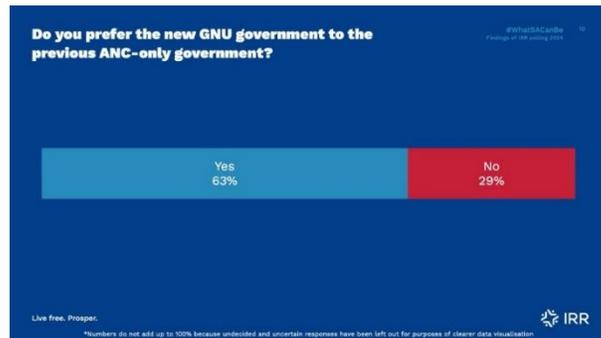
info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o Klaus Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Voices from South Africa – Vol 1: GNU Dawn – wohin geht die Reise

Am 29. Mai 2024 erlitt die Regierungspartei Südafrikas, der African National Congress (ANC), eine herbe Wahlniederlage. Er stürzte von 57 % auf 40 % ab und hatte damit erstmalig seit dem Amtsantritt 1994 keine Mehrheit in der Nationalversammlung – obwohl er die stärkste Kraft blieb.



Damit war der ANC auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, um eine Regierung zu bilden, sofern er nicht in Form einer Minderheitsregierung regieren wollte. Innerhalb kürzester Zeit wurde dementsprechend eine große Koalition aus zehn Parteien zusammengestellt, die als Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) bezeichnet wird.

Hierbei wurden pragmatische Parteien, die eher dem liberalen und konservativen Spektrum zuzuordnen sind, in die Regierung einbezogen, während linkspopulistische Parteien wie die Economic Freedom Fighters (EFF) unter dem Marxisten Julius Malema und uMkhonto WeSizwe (MK) unter dem korrupten ex-Präsidenten Jacob Zuma außen vor blieben. Unsere Umfragen zeigen, dass die meisten Südafrikaner dieser Konstellation positiv gegenüberstehen und sich die Stimmung im Land verbessert hat.

Die neue Regierung hat die ersten hundert Tage ihrer Amtszeit hinter sich. Wie fällt die Bilanz aus?

Es gibt einige Lichtblicke. Allen voran ist zu nennen, dass das seltsame GNU-Gebilde bis jetzt überlebt hat, weiter besteht und ohne größere Zwischenfälle zusammengearbeitet hat. Das war vorab keineswegs selbstverständlich, zumal vor allem ANC und die

liberale Democratic Alliance (DA), die wichtigste Oppositionspartei, in mehreren Bereichen unterschiedliche Politikvorstellungen haben und die gegenseitige Skepsis groß war. Hier besteht weiterhin großes Konfliktpotenzial.

Ein weiterer Pluspunkt ist, dass in der GNU-Regierung zumindest in einer Hinsicht weitgehend Einigkeit herrscht: Das niedrige Wirtschaftswachstum Südafrikas wird als das wichtigste Problem erkannt, das das Land lösen muss, um voranzukommen. Eine wirtschaftsfreundlichere Politik ist dringend notwendig, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Menschen ein besseres Auskommen zu ermöglichen.

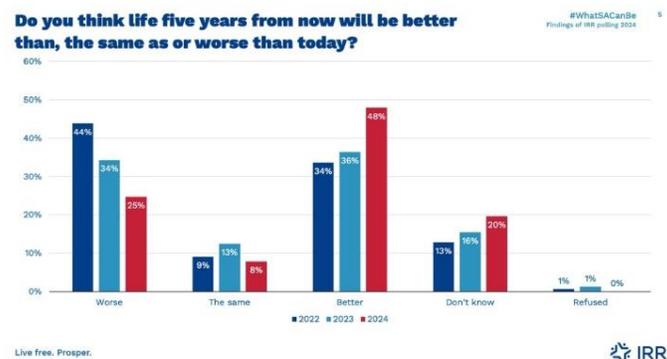
Bei diesem Thema fällt die Bilanz der Einheitsregierung bisher enttäuschend aus. Anstatt dass dringend notwendige Reformen angegangen werden, geht man weiter zaghaf und zögerlich vor. Das Aushängeschild der Regierung ist Operation Vulindlela. Jedoch geht dieses Reformprogramm bei Weitem nicht weit genug, um in Südafrika ein freundliches Investitionsklima zu schaffen. Stattdessen konzentriert man sich auf politisch weniger anspruchsvolle, wenn gleich unverzichtbare Herausforderungen wie die Behebung von Missständen in der öffentlichen Infrastruktur, etwa bei Strom, Transport und Wasser.

Das ist sicherlich alles wichtig, wird aber nicht ausreichen, um die höheren Wachstumsraten zu erreichen, die politisch und auch moralisch geboten sind. Das Finanzministerium erwartet für 2024 ein Wirtschaftswachstum von lediglich 1,1% und geht davon aus, dass auch in den nächsten drei Jahren keine 2% erreicht werden, sondern nur 1,8%. Damit bliebe Südafrika

weit hinter den 3,2% zurück, die für die Weltwirtschaft insgesamt prognostiziert werden. Falls diese Wachstumszahlen beibehalten würden, würde sich die Größe der Weltwirtschaft bis 2045 verdoppeln. Südafrikaner müssten hingegen bis 2062 warten, damit sich ihre Wirtschaftsleistung verdoppelt.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich Verbesserungen auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt sowie bei den Einkommen nur sehr schleppend einstellen würden. Viel zu langsam, um die Demokratie in Südafrika zu verfestigen und die radikalen Kräfte ins politische Abseits zu stellen. Parteien wie die EFF und MK warten nur darauf, der GNU-Regierung Versagen auf ganzer Linie vorwerfen und die Wähler mit populistischen Locksprüchen ködern zu können.

Dies ist also ein kritischer Moment für Südafrikas junge Demokratie. Schaffen es die GNU-Parteien, die Gelegenheit zu nutzen und ihr demokratisches Mandat mit handfesten Verbesserungen der Lebensumstände der Menschen in Südafrika zu rechtfertigen, dann besteht die Aussicht auf eine Verfestigung und Stabilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft über Jahre hinweg. Anderenfalls ist die Gefahr groß, dass populistische und radikale Kräfte früher oder später an die Macht kommen. Dann wären die



Aussichten düster.

Dr. John Endres
CEO, South African Institute of Race Relations, Johannesburg

„GNU in Motion?“ – zur Haushalts- und Wirtschaftslage Südafrikas

„**Optimismus am Kap...**“ titelte DER SPIEGEL am 20.10.2024, und allein die Tatsache, dass ein deutsches Nachrichtenmagazin positiv über Südafrika berichtet, lässt aufhorchen. Es scheint, als ob der gelungene „Coup“ *Cyril Ramaphosas* nach dem herben Wahlverlust des ANC, weite Teile der Opposition und insbesondere die Democratic Alliance ins Boot einer „Regierung der nationalen Einheit“ zu holen, nicht nur bei politischen Beobachtern, sondern auch bei üblicherweise kritischen Journalisten als eine Art „Reset“ für die Entwicklung Südafrikas wahrgenommen wird.

Und ja: Die Zeichen stehen auf „Hoffnung“, dass das nach drei Jahrzehnten Demokratie noch weitgehend unerfüllte Versprechen eines „*better life for all*“ nicht vergessen worden ist bzw. – noch positiver – nun auf einer breiteren politischen Grundlage eine Renaissance erfahren könnte.

Doch hält die Realität, was der Eindruck verspricht? Was konkret zeichnet sich ab, wie das *Government of National Unity* – das GNU – die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landes am Kap bewältigen und Verbesserungen schaffen will?

Der Mid Term Budget Review – ein Fieberthermometer der Staatsfinanzen

Der Bericht des Finanzministers zur Hälfte des Haushaltsjahres gilt als eine Art Fieberthermometer der Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen. Etwas mehr als 150 Tage nach der Regierungsbildung stellte Finanzminister *Enoch Godongwana* den diesjährigen „*Mid Term Budget Review*“ Anfang November dem Parlament vor.

Wer erwartet hatte, dass das im Frühjahr

enttäuscht. Es war eher der nüchterne Bericht eines verlässlichen Buchhalters, der die großen Pläne der Unternehmensstrategen zwar kennt, sie aber „mangels Masse“ nicht in die Logik seines Haushaltes übersetzen kann.

So beschränkte der Finanzminister sich auf die ökonomischen Rahmendaten – international und national. Die geben keinen Anlass zu Optimismus. Und auch bei den mittel- und längerfristigen Perspektiven blieb er rhetorisch zuversichtlich, aber unpräzise.

	2024	2025	2026	2027
Wachstum (% BIP)	1,1%	1,7%	1,7%	1,9%
Inflation (BIP)	4,2%	5,0%	4,6%	4,5%
Inflation (Preis)	4,6%	4,4%	4,5%	4,5%
Arbeitslosigkeit (III. Quartal)				32,1%
Staatsverschuldung (% BIP)	2024/2025		74,7 %	
	2025/2026		75,5 %	

Die eigentlich „brennenden“ Themen - Arbeitslosigkeit, soziale Sicherung und öffentliche Daseinsvorsorge - fanden ebenso wenig Raum in der Lagebeschreibung des Finanzministers wie die desolote finanzielle Lage einer inzwischen überwiegenden Zahl der Kommunen. Auch die sich weiterhin nach oben drehende Gehaltsspirale im öffentlichen Dienst oder die immensen Haushaltsbelastungen durch die Schulden der maroden und leistungsschwachen Staatsbetriebe waren dem Finanzminister nur beiläufige Randbemerkungen wert.

Sein Fazit jedoch ist klar: Die Gestaltungsspielräume der GNU für grundlegende, reformorientierte Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes sind

extrem klein oder gar nicht vorhanden.

Da sich auch auf der Einnahmeseite keine Dynamik in Richtung einer signifikanten Steigerung abzeich-

net, könnte man den Budget-Review wenige Monate nach den Wahlen durchaus als ein Eingeständnis von Ratlosigkeit bewerten. Aber: Der Finanzminister verweist auf positive Einschätzungen der Privatwirtschaft

und unabhängiger Analysten zur Arbeit der Regierung der nationalen Einheit, auch wenn diese bisher nur auf wenigen Zielen und Absichtserklärungen in einem recht kurzen „*letter of intent*“ fußt.

Das nährt die Hoffnung, dass die Regierung an der Konkretisierung ihrer politischen Reformprogramme arbeitet, deren Realisierung im Haushaltsentwurf 2025/2026 abgebildet und im Frühjahr vorgestellt werden. Allerdings erlauben die nüchternen Zahlen zu den fiskalischen Möglichkeiten nur einen sehr begrenzt optimistischen Blick nach vorn.

Die wirtschaftliche Lage Südafrikas

„*Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...*“ – man ist versucht, den von „*load sheddings*“ befreiten Start der GNU als Mirakel zu sehen. Schon seit Ende März – also rund 2 Monate vor den Parlamentswahlen – endeten die seit Jahren zunehmenden und zuletzt immer häufigeren und länger dauernden Stromabschaltungen. Die rasch kursierende Vermutung, dass der ANC mit kostspieligem Dieselkraftstoff die Stromerzeugung künstlich hochhielt, um sich die Gunst der Wähler*innen für den Gewinn der absoluten Mehrheit zu sichern, hat sich als falsch erwiesen. Tatsächlich hat sich die Stromversorgung seither beständig stabilisiert.

Das Ende des „*load shedding*“ hat der GNU einen guten Startschwung verliehen. Zugleich wurde ein wichtiges Signal gesendet: Probleme können in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gelöst werden, wenn der Staat sie zulässt und aktiv fördert.

Denn das „Mirakel“ der nachhaltigen Verbesserung der Stromversorgung ist das Ergebnis der Öffnung des Energiemarktes für private Anbieter und eines gleichzeitig massiven Ausbaus erneuerbarer Energien in der Privatwirtschaft und durch private Verbraucher (s. auch Newsletter 3/2024 – „*Crisis-what crisis?*“).

Public Private Partnership - ein Modell macht Schule

Präsident *Ramaphosa* und Finanzminister *Godongwana* beschwören die Notwendigkeit massiver Investitionen und werden darin von der Privatwirtschaft bestärkt.

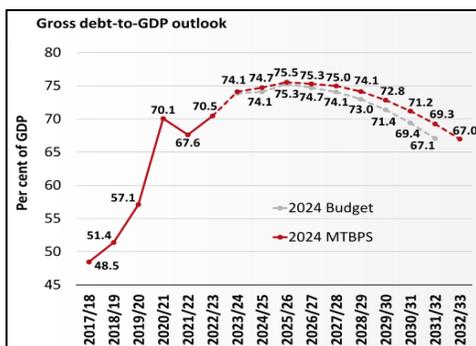
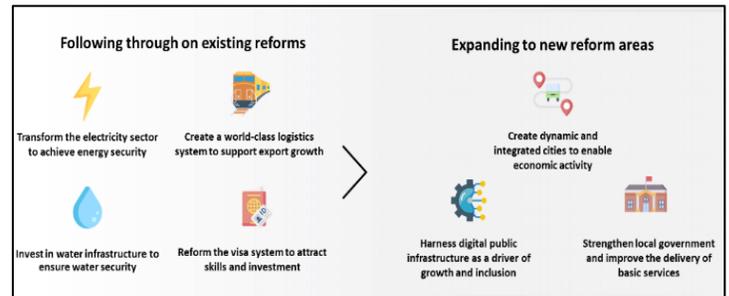
R billion	2024/25	2025/26	2026/27	2027/28
2024 Budget	1 863.0	1 991.2	2 133.0	
Buoyancy	1.33	1.11	1.11	
Revised estimates	1 840.8	1 971.8	2 111.1	2 255.2
Buoyancy	0.95	1.09	1.09	1.04
Change since 2024 Budget	-22.3	-19.4	-21.9	

Source: National Treasury

verabschiedete Budget für 2024/2025 nun mit einem Nachtragshaushalt die neuen von der GNU gesetzten Prioritäten finanziell unterlegen würde, wurde allerdings

Das Land braucht ein deutlich höheres nachhaltiges Wachstum für Beschäftigung, soziale Sicherheit, Überwindung der Ungleichheit und Abbau seiner Schulden. Dazu sind Ziele in drei Bereichen vorrangig: Eine funktionierende Infrastruktur, eine ausbalancierte Regulierung der Märkte sowie eine professionelle, von Korruption freie Verwaltung, die durch weniger Bürokratie wirtschaftliches Handeln fördert und Hemmnisse beseitigt.

für den Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene, von Häfen, der Wasserversorgung und für Lizenzen für Telekommunikations- und Informationstechnologie.



Allein dem Staat fehlen die Mittel dazu. Zusätzlich sind die für die systemrelevante Infrastruktur zuständigen maroden Staatsbetriebe in hohem Maße mitverantwortlich für den schlechten Zustand der Gesamtwirtschaft und gleichzeitig für die dramatische Dynamik der Staatsverschuldung. Deren Abbau verzögert sich überdies erneut.

Mögliches wird bald erledigt – auf Wunder müssen wir warten

Die GNU hat ihre Regierungsarbeit aufgenommen, und die ersten Wahrnehmungen berichten von Ernsthaftigkeit, Engagement, Fleiß und Geschick der Kabinettsmitglieder bei der Art und Weise ihrer Aufgabenerledigung. Die Arbeit läuft zwar nicht konfliktfrei, und es gibt keine Garantie für einen dauerhaften Erfolg. Erkennbar ist die GNU aber wohl am ehesten in der Lage, die für ein Engagement des Privatsektors bislang verschlossenen Türen wichtiger Schlüsselbereiche des Ausbaus und des Betriebs von Infrastruktur für eine Zusammenarbeit des Staates mit der Privatwirtschaft zu öffnen.

Und so lesen sich die in der Budgetrede vorgestellten und bislang als unrealistisch abgetanen Vorhaben zur Kooperation mit privaten Investoren und Betreibern als durchaus machbar und erfolgversprechend. Das gilt

Der Privatsektor hat wiederholt ausdrücklich seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit betont. Er bietet seine aktive Mitwirkung bei der Bewältigung der Herausforderungen an, die derzeit den Zielen eines ausreichenden, nachhaltigen und inklusiven Wachstums entgegenstehen. PwC-Südafrika präsentierte kürzlich eine Studie, nach der bei rascher Umsetzung bestimmter Reformen bereits 2025 ein Wachstum von 3,3%, statt der vom Finanzminister erwarteten 1,7% möglich wäre.

Die von Eigeninteressen sicher nicht freie optimistische Analyse von PwC in ihrem Be-

Aus einer PwC_Broschüre Okt. 2024:

„Das Schiff in Ordnung bringen: Was Regierung und Privatwirtschaft tun, um 3,3 % Wirtschaftswachstum zu erreichen. Der private Sektor hat sich erneut verpflichtet, die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, Reformen mit dem Ziel der Beschleunigung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums umzusetzen. PwC erwartet ein Wirtschaftswachstum von 1,4 % im Jahr 2025. Nach Berechnungen des Bureau for Economic Research (BER) könnten wichtige Reformen in den Bereichen Energie, Logistik, bei der Bekämpfung der Kriminalität und in anderen Bereichen bei ihrer sofortigen Umsetzung das reale BIP-Wachstum auf 3,3 % im nächsten Jahr steigern.“

richt „Signs of improvement in South Africa’s near-term economic prospects“ ([hier](#)) fußt auf sich abzeichnenden positiven Entwicklungen der Finanzmarktindikatoren.

Sie bezieht sich aber vor allem auf die Erfahrungen aus der erfolgreichen Kooperation

zwischen Regierung und Privatwirtschaft in dem „Joint Steering Oversight Committee (JSOC)“.

Dem im Juni 2023 (also noch vor den Wahlen) zur Umsetzung der vom Präsidenten initiierten Public-Private-Partnership „Operation Vulindlela“ gegründeten Gremium gehören mehr als 150 Wirtschaftsvertreter an. Für eine Fortsetzung und den Ausbau des erfolgreichen Modells in einer zweiten Phase dieser „Government Business Partnership“ definiert PwC vier Prioritäten:

- Weitere Erhöhung der Energieverfügbarkeit von derzeit 63 % auf 75 % durch Investitionen von rd. R 23 Mrd
- Investitionen in Häfen und Eisenbahnen im Umfang von R 4,7 Mrd bei gleichzeitiger Vergabe von Konzessionen an private Logistik-Investoren
- R 2,3 Mrd Investitionen in Wasser- und Abwasserinfrastruktur
- Zusätzliche Maßnahmen zur Vertrauensbildung beim Privatsektor und bei den Konsumenten, wie z.B. Visa-Reformen, Reformen der Kommunalpolitik und -verwaltung und Tilgung des Eintrags bei der Financial Action Task Force (FATF).

PwC schätzt, dass mit einer dafür erforderlichen Erhöhung des staatlichen Investitions Haushaltes um rd. 7,8 % die optimistische Wachstumsprognose von 3,3 % und 470.000 zusätzliche Jobs bereits 2025 erreicht werden könnten.

Strukturenreformen in Schlüsselbereichen

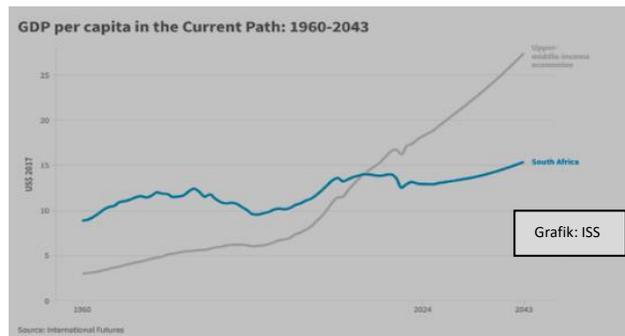
Aus der Wirtschaft kommen darüber hinaus Signale, die wachstumsfördernde Wirkung von PPP-Modellen durch eine „Merger and Acquisition“-Strategie in Schlüsselbereichen wie der Bergbauindustrie, der Versicherungswirtschaft und bei wirtschaftsnahen Dienstleistungen zu verstärken. Durch

strategische Kooperationen, Zusammenschlüsse und Zukäufe könnten südafrikanische Firmen ihre Marktposition verbessern. Damit sei eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität und ein beschleunigtes inklusives Wachstum möglich. In der Bergbauindustrie gehe es dabei vornehmlich um Mineralien für die weltweite Transformation zur „low carbon industry“. Der Reichtum des Landes an den dafür notwendigen Mineralien wie Kupfer, Kobalt oder Lithium könne durch eine aktivere Gestaltung der Nachfrage- und Angebotsbedingungen stärker genutzt und für höhere Exporterlöse in Wert gesetzt werden. Auch bei IT-gestützten wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie Finanz- und Rechnungswesen, Beschaffung, Logistik etc. ließen sich insbesondere vor dem Hintergrund weltweit zunehmender Komplexität der regulatorischen Compliance massive Kosteneinsparungen durch Auslagerung kompletter Geschäftsprozesse auf Dienstleister erzielen.

„What if..?“ – Potenziale stärker nutzen

Diese Frage versucht das auf faktengestützte Szenarien spezialisierte *Institute for Security Studies (ISS)*, Pretoria, zu beantworten ([hier](#)).

Vergleiche eines „business as usual“-Szenarios mit Prognosen aus Datenkombinationen anderer aufstrebender Volkswirtschaften verdeutlichten, so ISS, dass Südafrika mit einem bloßen „weiter so“ den bislang höchsten Wert seines Pro-Kopf-Einkommens aus dem Jahr 2013 erst 2036 wieder erreichen könne.



ISS sieht die Ursache für die dramatische Wachstumsschwäche der letzten Dekade vor allem in dem Versagen der Netzbetreiber der Elektrizitätsversorgung, dem Schienen-Güterverkehr und der Telekommunikation. Deshalb sehen auch die ISS-Analysten

das größte Wachstumspotenzial in der beherzten Umsetzung der bereits angestoßenen Strukturreformen im Rahmen der dafür immens wichtigen *Operation Vulindlela*.

Zentral sei dabei der Ausbau der Energieversorgung durch Modernisierung des Netzes und eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbaren Energien, aber auch die stärkere Nutzung der nationalen Gasressourcen und der Bau eines neuen Atomkraftwerks. Damit können auch die Abhängigkeit von der Kohle rascher reduziert werden.

Zudem gelte es, mit stärkerer Exportorientierung, reduzierten Investitionskosten und einer aktiven Außenwirtschaftsförderung sowie mit der Integration in das *Pan-African Payment and Settlement System (PAPSS)* die durch *AfCTA* (Afrikanische kontinentale Freihandelszone) möglichen Wachstumspotenziale noch stärker in Wert zu setzen.

Transformation für Wachstum – zulasten oder für soziale Gerechtigkeit und Klima?

In der Halbzeitbilanz des Finanzministers finden sich kaum konkrete Hinweise auf die Lage der Menschen am Kap, außer den etwas ausgemergelt klingenden Versprechungen, dass man das Ziel eines „better life for all“ nicht vergessen habe. Die nüchterne Realität beschreibt ein anderes Bild. So lag die Arbeitslosenrate Ende Juni auf einem Zweijahreshoch bei 33,5%. Zwar sank sie im III. Quartal 2024 auf 32,1%, verharrt aber auf extrem hohem Niveau.

Noch alarmierender ist die jüngste Feststellung des *Nelson Mandela Children's Fund* ([hier](#)), dass 13 Millionen (!) südafrikanischer Kinder in Armut leben.

Und unveränderte Realität ist auch die – seit Jahren weltweit zu den höchsten zählende – Ungleichheit in Südafrika: Nur ein Fünftel der Bevölkerung besitzt zwei Drittel des Vermögens (IMF 2020).

Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit, dass auch in der „idealen Welt“ einer sozialen Marktwirtschaft nur (um)verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet

wird. Unabhängig davon, ob die für eine solche Umverteilung erforderlichen ordnungspolitischen und rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind oder angestrebt werden, bleibt es deshalb richtig, zur Bewältigung sozialer Herausforderungen auf Wachstum zu setzen. Investitionen in Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und in die öffentliche Daseinsfürsorge sind Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum. Die daraus resultierenden Steuereinnahmen ermöglichen es einem fürsorgenden Sozialstaat, funktionierende Basisdienstleistungen bereitzustellen sowie – nach dem Grundsatz „leave no one behind“ Transferleistungen für die Menschen zu finanzieren, die nicht erwerbstätig sind oder aus den unterschiedlichsten Gründen nicht über genügend Einkommen für ihr Überleben verfügen.

Investitionsprogramme, bei denen sich Staat und Privatsektor gemeinsam engagieren, sind ein probater und politisch sinnvoller Ansatz, um „inklusives Wachstum“ zu ermöglichen, das auch den Schwachen und Bedürftigen einer Gesellschaft zugutekommt.

Es ist auch nichts Falsches daran, wenn die Privatwirtschaft mit einem solchen Engagement Gewinnerwartungen verbindet. Allerdings sind PPP-Modelle, die am Ende zu einer Privatisierung von Gewinnen und einer Verstaatlichung von Verlusten führen, eine denkbar schlechte Lösung.

Begriffe wie „inklusives Wachstum“ oder „just transition“ dürfen deshalb keine hohlen Versprechen sein, sondern müssen ernstgenommen und zum Wohl der Menschen das gemeinsame Handeln von Staat und Privatsektor bestimmen.

Die Verantwortung dafür, dass dies geschieht, trägt in erster Linie die Politik. Und daran wird sich GNU bei aller Aufbruchstimmung und willkommenem Optimismus messen lassen müssen.

Allerdings nicht nur die Regierung in Südafrika, sondern alle Regierungen und ihre Verantwortungsträger – weltweit.

Impressionen aus der Arbeit des Südafrika Forums NRW

Partnerschaften mit Leben füllen – Wir beraten und begleiten Initiativen zwischen Südafrika und NRW (alle Fotos: Vera Dwors)

Unser Vorstandsmitglied **Vera Dwors** hat als Geschäftsführerin des Südafrika Forums NRW im Oktober dieses Jahres eine Erkundungsreise fünf engagierter Lehrer*innen aus Südwestfalen nach Cape Town begleitet.

Ziel war, eine Kooperation mit einer Schule in Südafrika vorzubereiten. Das *Aldegrevener Gymnasium* in Soest ist bereits Europaschule mit einem bilingualen Abitur und möchte nun verstärkt Perspektiven aus dem Globalen Süden in den Unterricht einfließen lassen und ein gemeinsames Lernen der Schüler*innen am Kap der guten Hoffnung und in Soest möglich machen.



Auch die *Groote Schuur Highschool* in *Newlands*, einem Stadtteil im Süden von Cape Town, hat bereits Erfahrungen mit internationalen Partnerschaften und neben dem regulären Unterricht engagiert sich die GSHS besonders in den Bereichen Kunst und Sport.

Also: Es gibt viele Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit der beiden Schulen – zunächst virtuell und hoffentlich bald auch bei Begegnungen von Lernenden und Lehrenden im richtigen Leben.

Wir arbeiten in gemeinsamen Projekten in Südafrika und NRW

Im Projekt *SIMUNYE – We are one!* wächst seit November 2023 ein neues Netzwerk vor allem junger Akteur*innen in Südafrika und in Nordrhein-Westfalen heran und viele Menschen mit südafrikanischem Hintergrund, die in Deutschland leben, sind bereits dabei.

Thematisch ist dieser Zusammenschluss sehr breit aufgestellt – die aktiven Organisationen und Einzelpersonen beteiligen sich intensiv an entwicklungspolitischen und postkolonialen Diskursen, arbeiten an einem Projekt zur gemeinsamen Erinnerungskultur und zu Schwerpunkten wie Gendergerechtigkeit, Ernährungssicherheit, Social Entrepreneurship, Skills Development oder zur Gesundheitsvorsorge.

Wir wollen zuhören und lernen

Auf ihrer Reise hat Vera Dwors auch mit *Charnice Blaauw* und *Koketso Sono* gesprochen. Die beiden jungen Menschen sind eng mit dem Südafrika Forum NRW verbunden und aktuell Teil des Projektes *SIMUNYE – We are one!*

Wir wollen künftig in der Rubrik „*Voices from South Africa*“ auch unseren südafrikanischen Partner*innen aus der Zivilgesellschaft Gelegenheit geben, uns ihre Einschätzungen zu den politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in ihrem Land zu vermitteln. Auf diese Weise hoffen wir, unserem Satzungsauftrag noch besser entsprechen und Sie aus erster Hand über Südafrika informieren zu können.

“Voices from South Afrika” - Vol 2

My name is **Charnice Blaauw**. I am 30 years old currently residing in an area called Steenberg in Cape Town, South Africa. I am one of the directors of a NPO called the Village Care Centre based in a high crime rated area called Lavender Hill.

We serve as a drop-in centre for young children, between the ages of 8-18, who either

dropped out of – or were never enrolled in the schooling system. Unfortunately, their parents often struggle with addiction and neglect their parental duties, which we try to fill in. We also have an aged centre programme where we house 30 elderly residents that are also neglected by their families. We service the community by meal provisions twice a week, offering a charity shop, administration service and a counselling service - newly launched at our centre.



My name is **Koketso Sono**, Chopper is my nickname, I'm 26 years old and was born in South Africa, Mpumalanga province. I studied primary Agriculture at Mthimba TVET college. Currently, I'm a part-time bus driver for tourists that come to South Africa. I worked with many NGO's including Thandikhaya Home Help as a project manager. I also worked with SIMUNYE YOUTH EXCHANGE with German members, where I learned about – and networked with different cultures in different countries. Being a farmer is my nature. I have a small back yard farm, in which I keep myself busy every day. I also tutor some young farmers who are new to farming and want to learn more about it.

Vera: What were your thoughts after the elections when South Africa had to form a Government of National Unity?

Charnice: After the 2024 elections I thought the formation of a Government of National Unity (GNU) was a significant shift towards cooperative governance. The fact that no single party won a majority forced parties to put aside their differences and work together. This development was both exciting and nerve-wracking, as it marked a new era in South African politics.

Koketso: I feel most hopeful about the relationship between businesses and government, and the reduction of the rate of crime. South Africa is having many corrupt leaders in the parliament, which is why things won't get well in our community. Here I am most looking for a change.

Vera: And how satisfied or dissatisfied about forming GNU are you?

Charnice: In the first few months under the new government, I've been cautiously optimistic. While there have been challenges, the GNU has shown promise in addressing pressing issues like economic growth and development. However, concerns around representation and inclusion persist, particularly regarding youth. The decline in women's representation in parliament and cabinet is disheartening, and the lack of attention to gender-related issues during the elections was alarming.

Koketso: Since the forming of the (GNU), businesses joined forces with government agencies, resulting in repaired infrastructure and other common action. Operation Vulindlela, in particular, has served to remedy critical problems in the provision of power, water related problems and other areas of concern.

Unfortunately, some categories of people remain perpetually unsafe, wherever they may be – especially women, even despite our Constitution's emphasis on gender equality and the courts continual railing against patriarchal violence and conduct. The same holds for foreign-born Africans, irrespective of their status or whether they have the required documentation or not (often because of bureaucratic delay). They often face vigilante or police violence, who drive them out of their shelter or humiliate them in other ways. This xenophobia is part of the vocabulary of a minister of state, Gayton McKenzie.

Vera: What are your expectations, your hopes, your concerns for the rest of the term with National Unity?

Charnice: Moving forward, my hopes for the rest of the term include

Improved Representation: Increased focus on inclusive governance - ensuring youth have a stronger voice in decision-making

processes. Economic Growth: Effective policies to stimulate economic growth, create jobs and address poverty and inequality.

Social Cohesion: Efforts to bridge the divide between different racial, ethnic, and socio-economic groups.

Koketso: The need to return to the hopes and values espoused in 1994 was not the reason for the formation of the GNU. The impetus for creating the GNU was the collapse, more or less, of the ANC as an electorally dominant force when it received below 50% of the vote in Mai 2024. Even before that, the writing was on the wall as the ANC lost elections in four major metropolises in 2021: Tshwane, Johannesburg, Ekurhuleni and Nelson Mandela Bay, among other setbacks.

They created serious problems of governance, because one or multiple of the more powerful minorities did not want to see the other one(s) take power. There were manipulations, which lead to parties with only 5% of the vote providing the mayor for cities such as Johannesburg or Ekurhuleni.

Vera: And what do you think can be done to improve the situation of South African youth?

Charnice: We need:

Education and Skills Development: Investing in quality education, vocational training, and entrepreneurship programs.

Job Creation: Implementing policies to stimulate youth employment and entrepreneurship.

Mental Health Support: Providing accessible mental health services and support systems.

Koketso:

As South Africa enters its seventh administration, many young people are watching the GNU from the side-lines to see what it means for their future and how the decisions of the new administration will affect them. Although several initiatives and social impacts have been directed towards the youth in the past three decades, little has changed. Persistent inequality and political vulnerability leave young people the most exposed to economic stagnation. The GNU should learn from the early phases of our democracy and pursue a strong political foundation, avoid sub-bargains and instead reduce state fragility. Young people know

what's best for them. Decisions cannot be made without their involvement. Hence, when a door is opened, young people know how to create more employment opportunities for their peers.

At the end of the day, it's all about creating equal economic opportunities and ensuring genuine participation. We need the government and the private sector to leverage our youth dividend intentionally. Once we do that, we will start to see positive green shoots, forecasting a better future for our youth and our nation.

Vera: And my last question relates the ANC – do you think they will come back to majority? If so, why? If not, why?

Charnice: Regarding the ANC's potential return to majority, it's difficult to predict. However, if they address internal issues, rebuild public trust, and demonstrate effective governance, they might regain support. On the other hand, if opposition parties capitalize on the ANC's weaknesses and present viable alternatives, the ANC's chances of returning to majority may dwindle.

Overall, the GNU presents an opportunity for South Africa to redefine its political landscape and address long-standing challenges. While there are concerns, I remain hopeful that cooperative governance will yield positive outcomes for the country.

Koketso: For the first time in SA's democratic era, the ANC will have to seek one or more coalition partners to govern with after it fell well short of a majority in last week's national election. The ANC has shared power before, in fact for much of its time in national government. At different times leaders from the National Freedom Party, the Freedom Front Plus and Azapo have been appointed deputy ministers by ANC presidents. All of this also suggests that not much will change after 2024. However, that may understate what could be a very important process.

If our political leaders fail to form workable coalitions, there is a significant risk that this could lead to chaos in the national government. Then, perhaps, they may need more time to learn how handle this new situation.

Vera: Thank you so much for sharing your view!

Südafrika – Mitgestalter einer neuen Weltordnung

Präsident *Cyril Ramaphosa* hatte kurz nach Beginn seiner zweiten Amtszeit gleich zweimal Gelegenheit, gemeinsam mit seinem neuen Außenminister *Ronald Lamola* (s. Kasten nächste Seite) Südafrika auf der globalen Bühne als Stimme und Sachwalter der Interessen des afrikanischen Kontinents und des *Globalen Südens* zu präsentieren.

Von BRICS zu BRICS Plus

Beim Gipfeltreffen der BRICS-Staaten-Gruppe unter russischem Vorsitz in Kazan vom 22.-24.10.2024 konnte Südafrika zusammen mit den vier anderen Gründungsmitgliedern Brasilien, Russland, Indien und China die neu aufgenommenen Mitglieder Ägypten, Äthiopien, Iran sowie die Vereinigten Arabischen Emirate begrüßen und das auf neun Staaten erweiterte Bündnis „BRICS Plus“ feiern. Allerdings mit einem Wermutstropfen: Südafrika ist nun nicht mehr der einzige afrikanische Staat in diesem Bündnis. Die erweiterte Gemeinschaft umfasst rd. 30 % der Landmasse der Erde und rd. 30 % der Weltwirtschaftsleistung sowie rd. 40 % der Weltbevölkerung. Saudi-Arabien hat seine bereits bestätigte Vollmitgliedschaft noch nicht angenommen, wohl aus Sorge, seine guten Beziehungen zu den USA zu gefährden.

Ramaphosa verdeutlichte beim Gipfel den Mitsprache- und Mitgestaltungswillen Südafrikas als führende afrikanische Industrienation und Wirtschaftsmacht bei den von *BRICS Plus* angestrebten Reformen des globalen Governance-Systems. Und er blieb in der Tradition des ANC, indem er in seiner Eröffnungsrede unter Berufung auf den historischen Appell *Nelson Mandelas* „*We know to well that our freedom is incomplete without the freedom of Palestinians*“ den Palästinensern die uneingeschränkte Unterstützung und Solidarität Südafrikas versicherte. Diese Prinzipientreue des ANC-Präsidenten ist für Südafrikas Verhältnis zum Westen nicht ohne Risiko. Und sie wäre überzeugender, wenn sie sich in dieser Deutlichkeit auch in der Position Südafrikas zum Selbstbestimmungsrecht der Ukraine fände.

Ramaphosa nutzte seinen Appell zur Umset-



zung des von Südafrika gegen Israel erwirkten Urteils des *Internationalen Gerichtshofes (IGH)* zur Beendigung der Angriffe auf die palästinensischen Gebiete für die Forderung nach Reformen des „dysfunktionalen UN-Systems“. Insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei ein großer Teil der Weltbevölkerung nicht repräsentiert, reklamierte er in Anwesenheit der Vetomächte China und Russland. Dies gelte auch für andere multinationale Institutionen. So stehen die Forderungen zur Reform der „Global Governance“-Strukturen und die Einbeziehung der „Emerging market and developing countries“ (EMDC) im Zentrum der zahlreiche Themen umfassenden Schlusserklärung von Kazan. Als wichtiges Instrument für eigene Entwicklungswege und Unabhängigkeit von bestehenden Strukturen sieht BRICS Plus die *New Development Bank*. Mit ihr sollen Investitionen, Handel und Finanzbeziehungen untereinander unabhängig vom US-Dollar erleichtert werden (*BRICS Plus Deklaration 23.10.2024* [hier klicken](#)).

G 20-Präsidentschaft in ungewissen Zeiten

Turnusgemäß übernahm Südafrika beim G20 Gipfel am 18./19.11.2024 in Rio de Janeiro zum Ende der brasilianischen Präsidentschaft den „Staffelstab“ zur Führung der G20 Staatengruppe. Diese Aufgabe stellt Südafrika angesichts der zahlreichen Themen und weltweiten Konflikte vor besondere Herausforderungen. Darüber hinaus ist seine Präsidentschaft in eine schwierige „Troika“ eingebettet. Denn, wie in solchen Staatengemeinschaften üblich, wird die jeweilige Präsidentschaft durch eine „Troika“ begleitet.

Sie dient dazu, die Kontinuität der Arbeit der G20 durch Konsultationen mit der vorhergehenden und der künftigen Präsidentschaft zu sichern.

Das dürfte sich mit Brasilien unproblematisch gestalten. Der „Dritte im Bunde“ der Troika wird jedoch der neu gewählte US-Präsident *Trump* sein. Und da noch ungewiss ist, ob die USA überhaupt G20-Mitglied bleiben und ab 2026 den Vorsitz übernehmen, kommt Südafrika die wichtige Rolle zu, diese Ungewissheit zu überwinden. *Cyril Ramaphosa* setzte bei der Übernahme der Präsidentschaft zum Ende des G20-Gipfels besondere Akzente (Schluss-Statement [hier klicken](#)). Er dankte Brasilien ausdrücklich für die erstmalige Ausrichtung eines G20-Sozialgipfels zum Thema „*Building a Just World and a Sustainable Planet*“. Brasilien hatte erstmals zivilgesellschaftliche Akteur*innen in mehr als 200 Diskussionsforen Gelegenheit geboten, parallel zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs ihre Forderungen zur Überwindung von Armut, Ungleichheit und für wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu artikulieren.

Ramaphosa will dies fortsetzen und in der südafrikanischen G20-Präsidentschaft mit den Schwerpunkten „Internationale Solidarität, Gleichheit, Nachhaltige Entwicklung“ an die Themen Brasiliens und Indiens als Vorgänger anknüpfen.

Der spezifische Fokus Südafrikas werde auf die „Emerging market and developing countries (EMDC)“ gerichtet. Prioritär seien dabei ein stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft und die konsequente Förderung nachhaltiger Entwicklung. Südafrika will dazu mit inklusiven und partnerschaftlichen Lösungsansätzen „quer durch die Gesellschaft“ in den G20-Staaten und darüber hinaus auf globaler Ebene mehr und breitere Energie für seine drei Prioritäten freisetzen:

- Inklusives Wachstum, Industrialisierung, Beschäftigung, Kampf gegen Ungleichheit
- Ernährungssicherheit
- Innovative Nachhaltige Entwicklung und Förderung künstlicher Intelligenz



Mit diesen Zielen, die der Agenda der Regierung der nationalen Einheit (GNU) Südafrikas auffallend ähneln, legt *Ramaphosa* die Messlatte für seine zweite und letzte Amtszeit als Präsident sehr hoch - national und im Kontext der G20. Der von ihm berufene Außenminister *Ronald Lamola* gilt als klug und zugleich politisch und juristisch erfahren. Er hatte bereits bei seinem frühen Antrittsbesuch in den USA im September 2024 auch den Republikanern seine Bereitschaft zum offenen Dialog deutlich gemacht hat.



Die Außenminister Brasiliens und Südafrikas bei der Übergabe der G20-Präsidentschaft (Foto: DIRCO Südafrika)

Auch die G20 widmen sich im Schlussdokument des Gipfels von Rio ([hier klicken](#)) dem Reformbedarf der Vereinten Nationen und der internationalen Finanzarchitektur, geben aber auch der Forderung nach Fortschritten bei der Eindämmung und der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels sowie bei den Nachhaltigen Entwicklungszielen breiten Raum. Die Überwindung von Ungleichheiten zwischen dem Norden und dem globalen Süden stehen nach seiner Auffassung dabei an oberster Stelle – das gelte auch für die Finanzierung der Klimaaktivitäten durch die Verursacher.

Ähnlich wie beim BRICS Gipfel gibt *Cyril Ramaphosa* auch bei den G20 dem Nahen Osten und der Solidarität mit dem Palästinensischen Volk starkes Gewicht. In Rio formuliert er in seiner Rede zur Übernahme der Präsidentschaft jedoch auch wörtlich:

„*Whether it's Gaza, Sudan or Ukraine, we must all stand in solidarity with those people who are facing hardship and suffering*“.

Gut, wenn der südafrikanische Präsident sich dafür in besonderer Weise einsetzt.

Klaus Brückner und Hans Werner Bussmann

Ronald Ozy Lamola ist jüngstes Kabinettsmitglied der gegenwärtigen Regierung und jüngster Außenminister Südafrikas. Ihm ist es gelungen, ohne „Kader-Historie“ in ein hohes Staatsamt zu kommen, womit *Ramaphosa* gleichzeitig ein interessantes Signal an die Jugend auch außerhalb des ANC gesandt hat. Manchen gilt er schon jetzt als potenzieller Nachfolger von Präsident *Cyril Ramaphosa*.

Ronald Lamola – aktives Mitglied des ANC

Er wurde 1983 geboren, engagierte sich schon als 13jähriger Schüler politisch, studierte Rechtswissenschaften an der Universität von Venda (Limpopo) und wurde Vorsitzender des südafrikanischen Studenten Kongresses in seiner Heimatprovinz Mpumalanga. Er erwarb mehrere Postgraduierten-Abschlüsse in verschiedenen wirtschaftsrechtlichen Feldern. Ab 2006 arbeitete er zunächst als Rechtsanwalt und wirkte von 2009 bis 2011 als Leiter des Ministerbüros des Kulturministers von Limpopo. Als stellvertretender und - nach dem Ausschluss des Vorsitzenden *Julius Malema* - amtierender Vorsitzender der ANC-Jugendliga wurde er wie dieser ein scharfer Kritiker des ANC-Präsidenten und späteren Staats- und Regierungschefs *Jacob Zuma*. Er unterstützte daher 2012 die Kandidatur von *Kgalema Motlanthe* für die Präsidentschaft, weil „nur er die wirtschaftliche Freiheit schaffen und garantieren könne“. 2014 gelang es ihm allerdings nicht, ins südafrikanische Parlament gewählt zu werden. Er gründete eine eigene Anwaltskanzlei.



Foto: DIRCO

Nicht zuletzt dank seiner starken Unterstützung der Wahl von *Cyril Ramaphosa* zum ANC-Präsidenten wurde er im Dezember 2017 Mitglied des *National Executive Committee* des ANC und schon im Januar 2018 Mitglied des *National Working Committee*s, das die Alltagsgeschäfte der Partei steuert. Nach den Parlamentswahlen 2019 ernannte ihn Präsident *Ramaphosa* zum Minister für Justiz und Strafvollzug seines zweiten Kabinetts. Seit Juli 2024 amtiert er im dritten Kabinett *Ramaphosas* – der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) als Minister für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit (*Department for International Cooperation and Development – DIRCO*).

Ein loyaler Aussenminister, der frühzeitig einen eigenen Akzent setzt

Lamola hat den Ruf, bei aller Parteidisziplin und Loyalität zu Präsident *Ramaphosa* ein unabhängiger Geist zu sein. Seine scharfe Kritik an Israels Vorgehen gegen die Hamas im Gaza-Streifen nach dem 07.10.2023 führte geradlinig zum südafrikanischen Antrag auf eine Eilentscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag gegen Israel. Der Jurist *Lamola* machte die politische Bedeutung dieses Antrags deutlich, in dem er selbst Südafrika in dem Prozess vertrat, was eher selten ist, da normalerweise Expert*innen des Völkerrechts aus Wissenschaft oder Politik die Verfahrensbeteiligten vertreten.

Zur Begründung des südafrikanischen Antrags bezog *Lamola* sich auf die eigenen Erfahrungen seines Landes mit der Apartheid, die auch das palästinensische Volk erdulden müsse, sowie die Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen. Auch wenn er die Aktionen der Hamas auf israelische Siedlungen und die Geiselnahme am 07.10.2023 verurteilte, argumentierte er, dass kein bewaffneter Angriff die Verletzung der vorgenannten Konvention und die seit 76 Jahren praktizierte israelische Politik der Apartheid gegenüber den Palästinensern in den besetzten Gebieten rechtfertigen könne. Der IGH wies Israel in seiner Eil-Entscheidung vom 24.07.2024 an, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Genozid an den Palästinensern zu verhindern, verzichtete aber auf die von Südafrika erwartete Anordnung eines sofortigen Waffenstillstands. Mit einer Entscheidung in der Hauptsache ist erfahrungsgemäß erst in einigen Jahren zu rechnen. Damit ist *Lamola* gleich zu Beginn seiner Amtszeit ein – wenn auch in seiner Wirkung nur begrenzter – politischer Achtungserfolg gelungen.

Einschätzungen und Bewertungen aus südafrikanischer und deutscher Sicht

Die Rolle Südafrikas bei *BRICS Plus* und bei den G20 stand auch im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung, zu der die *Deutsche Afrika Stiftung (DASt)* und *DeSaFor* am 27.11.2024 gemeinsam eingeladen hatten. Bei der von

Larissa Pflüger (DASt) moderierten Diskussion teilten *Prof. Dr. Cedric de Coning* (Südafrika/Norwegen) und *Dr. Melanie Müller*



Foto: Redaktion

(Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) ihre Einschätzungen mit rd. 40 Gästen im Afrika Haus Berlin. BRICS, so die übereinstimmende Einschätzung, solle nicht als Bedrohung des Westens missverstanden werden. Die dort versammelten Staaten fühlten sich angesichts ihrer Größe und Bedeutung (Land, Bevölkerung, Beitrag zur Weltwirtschaftsleistung) in den bestehenden „*Global Governance*“-Strukturen und in der globalen Finanzarchitektur nicht angemessen repräsentiert und von den G7 gar „marginalisiert“. Diese Frustration und das gemeinsame Interesse an Reformen seien die Klammer für das wachsende Staatenbündnis. Jenseits übereinstimmender Interessen etwa an der Nutzung der Globalisierung sei das Zweckbündnis von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten geprägt.

So seien die BRICS-Mitgliedstaaten – die Gründer ebenso wie die neuen Mitglieder – mit Ausnahme Russlands unter Präsident Putin an weltweiter Stabilität und an der Vermeidung bzw. Überwindung von Konflikten interessiert. Eine mögliche Zuspitzung des Konflikts zwischen den USA und China nach dem Amtsantritt von *Donald Trump* wäre auch für BRICS mit Risiken verbunden.

Südafrika habe international an Gewicht gewonnen, sowohl als langjähriges Mitglied bei BRICS als auch – bis zur Aufnahme der African Union im September 2023 – einzige afrikanische Stimme in den G20. Das Land und *Präsident Ramaphosa* nahmen ihre Führungs- und Sprecherrolle für den Kontinent deutlich wahr. Vor allem mit der

Forderung einer afrikanischen ständigen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat (VNSR). Diese Forderung werde inzwischen breit unterstützt, auch von den derzeitigen Ständigen Mitgliedern des VNSR. Zurzeit seien zwei Sitze für Afrika im Gespräch, allerdings ohne das Privileg eines Vetorechtes.

Dabei sei aber keineswegs ausgemacht, dass Südafrika bei einer Abstimmung der afrikanischen Länder, welche Länder den Kontinent im Sicherheitsrat vertreten sollen, eine Mehrheit erhalte. Zu groß seien auf dem afrikanischen Kontinent die Vorbehalte gegen ein „hegemoniales“ Südafrika.

Für Südafrika sei der G20-Vorsitz deutlich wichtiger als die BRICS-Mitgliedschaft, zumal das Land mit der Erweiterung des Bündnisses dort sein „Alleinstellungsmerkmal“ verloren habe.

Bei den G20 komme es darauf an, wie Südafrika seine Agenda der Präsidentschaft umsetze und wie es die Herausforderungen mit Blick auf die USA meistere. Das Verhältnis zwischen den USA und Südafrika sei angespannt, nicht zuletzt wegen dessen prinzipieller „*non alignment*“-Haltung in wichtigen globalen Fragen und aktuell in besonderem Maße wegen der Gegnerschaft zu Israel. *Donald Trump* habe zudem schon vor Amtsantritt die ohnehin offene Zukunft der Handels- und Zollpräferenzen Südafrikas im Rahmen des *African Growth and Opportunity Act (AGOA)* dezidiert infrage gestellt.

De Coning verwies darauf, dass Südafrika schon oft seine Prinzipien über mögliche Konsequenzen seiner Haltung gestellt habe, wie aktuell in der Palästinenserfrage. Allerdings bemühe sich die *Ramaphosa*-Administration gegenwärtig auf mehreren Ebenen, das Kooperationsklima mit den USA zu verbessern. Ob dies gelingt und ob *Cyril Ramaphosa* auf sein offenbar gutes persönliches Verhältnis zu dem geborenen Südafrikaner *Elon Musk* setzen und ihn als Fürsprecher im Weißen Haus nutzen könne, bleibe abzuwarten.

Anders in BRICS, wo die „*non-alignment*“-Position als politische Empfehlung gelte, spiele sie bei den G20 keine Rolle. Dort gehe es um „*alignment*“ bei gemeinsamen Themen. Dazu zählten insbesondere

sozio-ökonomische Interessen, globale Finanzierungs- und Besteuerungsregeln, Handelsregime und – nicht zuletzt – die beschleunigte und wirksame Bewältigung des Klimawandels, der einmütig als dramatisch hohes Wachstumsrisiko eingestuft werde.

Deutschland sei gut beraten, so *Melanie Müller*, seine sehr guten bilateralen Beziehungen zu Südafrika intensiv zu nutzen und sich in die angekündigten Foren und Abstimmungsprozesse der G20 aktiv einzubringen. Das ermögliche nicht nur, für die eigenen G20-Positionen zu werben, sondern verdeutliche auch die Solidarität Deutschlands mit dem wichtigen Partnerland Südafrika.

Für Südafrika als erste afrikanische Präsidentschaft werde es gelten, gemeinsam mit der gerade in die G20 aufgenommenen Afrikanischen Union die Präsidentschaft im Interesse aller Mitglieder, aber mit einem deutlichen pro-afrikanischen Akzent zu gestalten. Das Ergebnis werde auch die Chancen Südafrikas bestimmen, von den anderen afrikanischen Staaten als ehrlicher Sachwalter der Interessen des Kontinents anerkannt zu werden und bei den Reformen bzw. der Neugestaltung der Weltordnung eine zentrale Rolle spielen zu können. Eine Garantie gebe es dafür allerdings nicht.

In der lebhaften Diskussion wurde deutlich, dass Südafrika national und international vor großen Herausforderungen steht. Sie werden viele Kräfte



Foto: Redaktion

und Ressourcen der neuen Regierung in Anspruch nehmen und sie bergen auch Risiken für Präsident *Cyril Ramaphosa*. Wenn es ihm allerdings gelingt, sowohl auf der internationalen Bühne als auch einem Erfolg der GNU die dringenden Aufgaben zuhause zu erledigen, (s. Artikel „*GNU in motion?*“), dann verspricht 2025 ein gutes Jahr zu werden – für *Ramaphosas Legacy*, für die Regierung der nationalen Einheit und vor allem für Südafrika und seine Menschen.

AKTUELLES

Deutschland bleibt ein wichtiger Partner für Südafrikas gerechte Energiewende – Deutsch-Südafrikanische Regierungsverhandlungen im November

Mit dieser Überschrift fasst **Dr. Matthias Rompel**, Abteilungsleiter für das Südliche Afrika bei der *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH* seinen zusammenfassenden Bericht über die erfolgreichen Regierungsverhandlungen zur Internationalen Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Deutschland, die Ende November in Berlin stattfanden.

Deutschland wird die Zusammenarbeit mit der neuen GNU hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien und für eine soziale und gerechte Energiewende fortsetzen. Südafrika wird eine wichtige Rolle im globalen Klimaschutz spielen, deren internationale Wirkung nach Übernahme der G20-Präsidentschaft noch bedeutender sein wird.



Staatssekretär **Jochen Flasbarth** vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erinnerte daran, dass Südafrika seit 30 Jahren ein enger Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sei. Das Vertrauen zueinander sei über drei Jahrzehnte gewachsen.

Den erfolgreichen Weg Südafrikas von der Nutzung fossiler hin zur erneuerbaren Energie werde Deutschland unter anderem auch durch Ausbildungsmaßnahmen von Techniker*innen für den Wandel unterstützen.

Die *Just Energy Transition Partnership (JETP)* unterstützt Deutschland gemeinsam mit

anderen G7-Staaten, um Ländern des Globalen Südens die Verminderung ihres CO₂-Ausstosses zu erleichtern und zugleich die Energieerzeugung und -versorgung für ihre Entwicklung zu erhalten bzw. zu stärken.

Südafrika habe mit wichtigen Reformen im Klimaschutz und im Energiesektor durch Transformation, Öffnung und Regulierung des Marktes sowie beim Netzausbau mess- und sichtbare Erfolge erzielt.

So habe sich die Anzahl der Solarsysteme auf Dächern in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt und damit erheblich zur Stabilisierung der Stromversorgung beigetragen. Zudem werden so viele qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Südafrika verbindet mit seinen Anstrengungen in diesem ehrgeizigen Prozess des Wandels auch Ziele der Verminderung der Ungleichheit und zur Überwindung der Benachteiligung vieler Südafrikaner*innen bei den Chancen zur wirtschaftlichen Teilhabe und Beschäftigung.

Deutschland wird Südafrika unter anderem durch Ausbau von Berufsschulen, Ausbildungskonzepte und die Fortbildung von Lehrpersonal in spezifischen Kenntnissen für die Energietransformation sowie bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen und Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen in einer wachsenden „grünen Industrie“ unterstützen. Darüber hinaus wurden Südafrika im Rahmen der Finanziellen Entwicklungszusammenarbeit (KfW) neue rückzahlbare Kredite für den Energiewandel gewährt und darüber hinaus Zuschüsse für die Technische Zusammenarbeit (GIZ) für den Kampf gegen die Korruption, für die Impfstoffproduktion und für Projekte zur Gewaltprävention, insbesondere zum Schutz von Frauen gewährt.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist eine Durchführungsorganisation der Entwicklungszusammenarbeit. Die GIZ ist institutionelles Mitglied von DeSaFor.

Bundespräsident Steinmeier zu einem kurzen offiziellen Besuch in Südafrika



Foto: GCIS RSA

Im Rahmen seiner Afrikareise im November mit Stationen in Nigeria und Lesotho führte Bundespräsident Steinmeier bei seinem ein-tägigen Besuch in Südafrika am 12. Dezember Gespräche mit Präsident *Ramaphosa* und dem Vorsitzenden der *Democratic Alliance, John Steenhuisen*, der in der GNU das Landwirtschaftsministerium führt.

Steinmeier betonte die gute Entwicklung der deutsch-südafrikanischen Partnerschaft in den 30 Jahren seit Überwindung der Apartheid. Er hob die besondere Rolle der wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika hervor, dem wichtigsten deutschen Exportmarkt auf dem afrikanischen Kontinent.

Die mehr als 600 deutsche Unternehmen hätten mit der Schaffung von rd. 100.000 Arbeitsplätzen und ihrem Engagement in der Berufsausbildung sowohl finanziell als auch in die gesamtwirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes investiert. Die Zusammenarbeit beider Länder als große liberale Demokratien sei darüber hinaus ausbaufähig.

Steinmeier bezeichnete es als wichtig „*dass wir auch bei den Themen, bei denen wir möglicherweise nicht einer Meinung sind, (...) im Gespräch bleiben müssen*“ (dpa [hier](#))

Nach einem Besuch des BMW IT-Zentrums legte der Bundespräsident an der „*Flamme der Freiheit*“ im Freiheitspark einen Kranz zum Gedenken an die Opfer der Apartheid nieder und traf Zeitzeugen zum Gespräch.

Januar

30.01.2024: „Wir sind nicht alle- der glo- bale Süden und die Ignoranz des Westens“



**Buchpräsentation
Henrik Maihack,
Friedrich Ebert-
Stiftung, und Dis-
kussion im
Afrika Haus Berlin**

März

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe 01/2024

April

16.04.2024 Mitgliederversammlung

30.04.2024 Let's talk about... 30 Jahre De-
mokratie in Südafrika – Koalitionen als
Chance für eine neue Kultur der Regie-
rungsführung



**Ein virtueller Austausch mit
Vertreter*innen der deutschen
politischen Stiftungen in Südafrika**

Juni

Newsletter – aktuell

DeSaFor – Newsletter Aktuell

Ausgabe Juni 2024

Juli

Newsletter 2/2024

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Juli 2024

Juli

03.07.2024 Erweiterung des Vorstands



Vera Dwors
Beisitzerin

Geschäftsführerin des Süd-
afrika Forums NRW

Gabriela Schmitt
Beisitzerin

Sprecherin des Beirats
Südafrika Forum NRW



Klaus Brückner
Geschäftsführendes Mitglied
des Vorstands

September

13.09.2024

Mittagsgespräch mit
Andreas Peschke,
*Deutscher Botschafter in
Pretoria,
im Gaffelhaus, Berlin*



25.09.2024

30 years of Democracy – mission accom-
plished or unfinished business?



**Gemeinsame Veranstaltung mit der
Südafrikanischen Botschaft mit Judge
Albie Sachs und Vertreter*innen des
„We are Mzansi Café“ - Netzwerks jun-
ger Südafrikaner*innen in Deutschland**

Oktober

08.10.2024 Let's talk with... Jeets Hargovan



über seinen Weg vom
ANC-Aktivisten zum Unter-
stützer der neuen
Partei „Rise Mzansi“

Newsletter 3/2024

DeSaFor – NEWSLETTER

Ausgabe Oktober 2024

November

27. 11 2024

Südafrika als Mitgestalter einer neuen
Weltordnung



**Gemeinsame Diskussionsveranstaltung der
Deutschen Afrika Stiftung und DeSaFor**

**mit Prof. Cedric de Coning (Forschungspro-
fessor am Norwegian Institute of Internati-
onal Affairs, Oslo) und
Dr. Melanie Müller (Stiftung Wissenschaft
und Politik, Berlin**

Dezember

Newsletter 4/2024

DeSaFor – NEWSLETTER

Ausgabe Dezember 2024

**Alle Veranstaltungsberichte und Newsletter fin-
den Sie auf unserer Website www.desafor.de**

**Wir wünschen Ihnen ein
glückliches, friedliches und rundum
erfreuliches Jahr 2025
Ihr DeSaFor-Vorstand**